



Bundesministerium  
des Innern  
und für Heimat

POSTANSCHRIFT Bundesministerium des Innern und für Heimat, 10557 Berlin

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Frau Canan Bayram  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

HAUSANSCHRIFT Alt-Moabit 140, 10557 Berlin

POSTANSCHRIFT 11014 Berlin

TEL +49 (0)30 18 681-11117

FAX +49 (0)30 18 681-11019

INTERNET [www.bmi.bund.de](http://www.bmi.bund.de)

DATUM 06. Juli 2022

BETREFF **Schriftliche Frage Monat Juni 2022**  
HIER Arbeitsnummer 6/388

Sehr geehrte Frau Abgeordnete,

auf die mir zur Beantwortung zugewiesene schriftliche Frage übersende ich Ihnen die beigefügte Antwort.

Mit freundlichen Grüßen  
in Vertretung



Mahmut Özdemir

ZUSTELL- UND LIEFERANSCHRIFT Alt-Moabit 140, 10557 Berlin

VERKEHRSANBINDUNG S-Bahnhof Berlin Hauptbahnhof

Bushaltestelle Berlin Hauptbahnhof

Schriftliche Frage der Abgeordneten Canan Bayram  
vom 29. Juni 2022  
(Monat Juni 2022, Arbeits-Nr. 6/388)

---

Frage

*Wann plant die Bundesregierung die im Koalitionsvertrag zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP (S. 120, <https://cms.gruene.de/uploads/documents/Koalitionsvertrag-SPD-GRUENEFDP-2021-2025.pdf>) vereinbarte „besondere Rechtsberatung“ für queere Verfolgte einzurichten und eine flächendeckende Rechtsberatung in queerer Trägerschaft zu fördern?*

Antwort

Derzeit wird die Umsetzung der flächendeckenden, behördenunabhängigen Asylverfahrensberatung (AVB) vom Bundesministerium des Innern und für Heimat vorbereitet.

Die Rechtsberatung für queere Schutzsuchende soll im Rahmen der AVB umgesetzt werden. Hierzu soll die AVB auch eine Rechtsberatung enthalten. Dieses Angebot soll sich nach derzeitigem Stand insbesondere an diejenigen Schutzsuchenden richten, die besondere Verfahrensgarantien gemäß der Asylverfahrensrichtlinie (Richtlinie 2013/32/EU) benötigen (z. B. aufgrund ihres Alters, ihres Geschlechts, ihrer sexuellen Ausrichtung, ihrer Geschlechtsidentität, einer Behinderung, einer schweren Erkrankung, einer psychischen Störung oder infolge von z. B. Folter). Die Rechtsberatung soll dabei durch spezialisierte Fachberatungsstellen angeboten werden. Hierzu zählt auch die in der Frage genannte Trägerschaft.